

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortl. Schriftf. Tagesblatt Riesa, General Nr. 22, Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen befähigter Blatt.

Postkonton. Dresden 1330, Riesa Nr. 22.

Nr. 285.

Montag, 9. Dezember 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennig; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Stresemanns nachwirkender Einfluß.

Wir haben zuerst darauf hingewiesen, daß Dr. Hilferding durch ein Versprechen, das er Stresemann kurz vor seinem Tode gegeben hatte, gebunden war, seine Finanzreform so lange zurückzuziehen, bis der Youngplan angenommen sei. Hilferding hat jetzt dieses Versprechen an einen Toten bestätigt und weiterhin innerhalb der Regierung darauf hingewiesen, daß Stresemann also aus außenpolitischen Gründen die Reichsfinanzreform möglichst noch hinauschieben wollte. Leider hat Stresemann nicht hinterlassen, was ihn veranlaßte, dem Reichsfinanzminister den Rat zu geben und welche Befürchtungen er für eine früher bekanntwerdende Reichsfinanzreform hegte. Aber der Einfluß Stresemanns wirkt doch auffällig auch heute noch, denn sofort, als man hörte, daß sein Wunsch respektiert wurde, ist man in den Kreisen, die bisher so tatkräftig die Bekanntgabe der Reformpläne forderte, plötzlich still geworden.

Wir hatten auch wiederholt mitgeteilt, daß der Reichsfinanzminister der Regierung und in ablehbarer Zeit, jedenfalls noch vor Weihnachten den Parteiführern seine Pläne unterbreiten würde. Die Regierung wird sich im Laufe dieser Woche mit der Finanzreform beschäftigen und die Parteiführer der Koalitionsparteien werden im Anschluß daran über alle Einzelheiten unterrichtet werden. Wenn der Reichsminister die Absicht hat, dem Reichstag die Vertrauensfrage zu stellen, so wird mit dieser Frage noch nicht die große finanzpolitische Debatte verbunden sein. Außerdem ist anzunehmen, daß die Führer der Koalitionsparteien selbst dafür eintreten werden, daß das Finanzprogramm in seiner Gesamtheit zur Beratung kommt, nicht aber Stückweise.

Selbstverständlich wird die Regierung in keine Krise gedrückt. Sie wird die Zustimmung der Reichstagsmehrheit erhalten. Für eine Weihnachtskrise ist kein guter Boden vorhanden. Vielleicht würde man den Reichsfinanzminister im Reichstage fallen lassen, aber wiederum hat sich die Regierung geschlossen hinter ihn gestellt, nachdem er die Gründe für seine Haltung vorlegte. Hilferding hätte lange schon etwas zur Beruhigung tun können, das sagt man auch in sozialdemokratischen Kreisen. Wie wir wissen, haben es seine engeren Parteifreunde selbst schmerzhaft empfunden, daß er ganz im Verborgenen blieb und nie die Initiative fand, sich öffentlich zu den vielen Angriffen zu äußern. Er hätte mit einigen guten Inzpirationen die vielen Angriffe abbiegen können. Wahrscheinlich wäre ein tatkräftiger Mann an seiner Stelle gerade jetzt zur Erledigung der ungeheuren Aufgaben besser zu gebrauchen. Hilferding muß aber nun, nachdem er die Arbeiten überbracht und vollendet hat, die Reform schon allein durchführen.

Das neue tschechoslowakische Kabinett.

Prag. Heute wurden die Handschriften des Präsidenten der Republik veröffentlicht, durch welche die neue tschechoslowakische Regierung, eine Konzentrationsregierung, ernannt wird. Die neue, der Zahl nach die erste tschechoslowakische Regierung, besteht aus neun Mitgliedern des Bürgerblocks, sechs Mitgliedern des sozialistischen Blocks und einem Fachminister. Sie setzt sich nach der Verteilung der einzelnen Mitglieder wie folgt zusammen: vier Republikaner, und zwar Udrzal, Präsidium; Dr. Biskupski, Nationalverteidigung; Dr. Slavik (Slowake), Finanzen; Dr. Bradac, Landwirtschaft; — zwei tschechoslowakische Volksparteiler: Gramel, Rechtsanpassung; Dohalek, Gesetzliche Arbeiten; — ein tschechischer Nationaldemokrat: Dr. Matoušek, Handel; ein tschechoslowakischer Gewerbetreiber: Alsch, Eisenbahnen; ein deutscher Agrarier (Bund der Landwirte): Dr. Spina, Gesundheitswesen; — drei tschechische Sozialdemokraten: Vechava, Ernährung; Dr. Weisner, Justiz; Dr. Drexer (Slowake), Unterricht; — zwei tschechische Nationalsozialisten: Dr. Benesch, Leubereit; Dr. Brande, Post und Telegraphen; — ein deutscher Sozialdemokrat: Dr. Czech, soziale Fürsorge; — ein Fachmann: Dr. Engelke, Finanzen.

Die neue Kammer ist für den 12. Dezember einzuberufen. Neue Männer im Kabinett sind: Bradac, Dohalek, Matoušek und Dr. Czech. Alle übrigen haben bereits früheren Regierungen angehört.

Die Beschwerden über Verzögerungen beim Volksbegehren.

Berlin. In der Presse der Parteien und Verbände, die hinter dem Volksbegehren "Arbeitsgesetz" standen, ist eine große Anzahl von Fällen zur Sprache gebracht worden, in denen angeblich Behörden oder Amtspersonen gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen haben, die den ordnungsmäßigen Verlauf des Antragungsverfahrens sicherstellen sollen. Das Reichsministerium des Innern hat in allen diesen Fällen amtliche Ermittlungen veranstaltet. Die Antworten liegen noch nicht vollständig, aber doch größtenteils vor. Danach hat sich erwiesen, daß die erhobenen Beschwerden in fast allen Fällen unbegründet sind. Wo Unregelmäßigkeiten herausgetreten sind, haben abergeordnete Stellen überall rechtzeitig eingegriffen entsprechend dem ausdrücklichen Erlaß, das das Reichsministerium des Innern bereits in seinem Rundschreiben an die Landesregierungen vom 1. Oktober ausgesprochen hatte.

Die Wahlen in Thüringen und Bayern.

Das vorläufige amtliche Gesamtergebnis der Thüringer Landtagswahlen.

Weimar. (Funkdruck.) Nach dem vorläufigen amtlichen Gesamtergebnis der Thüringer Landtagswahlen ergibt sich folgendes Bild:

Sozialdemokraten 257 352 Stimmen (17—18 Mandate),
Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei 181 688 Stimmen (9 Mandate),
D.D.P. 85 120 Stimmen (6 Mandate),
Wirtschaftspartei 76 217 Stimmen (5—6 Mandate),
Deutschnationale Volksp. 31 618 Stimmen (2—3 Mandate),
Nat.-Soz. D.D.P. 30 286 Stimmen (6 Mandate),
Demokratische Partei 23 528 Stimmen (1—2 Mandate),
Volkrechtspartei 9622 Stimmen (kein Mandat),
D.D.P. (Opposition) 12 158 Stimmen (kein Mandat),
Zentrumspartei 9638 Stimmen (kein Mandat),
Hausbesitzer 423 Stimmen (kein Mandat),
Deutsche Volkspartei 70 413 Stimmen (3 Mandate).
Abgegeben wurden insgesamt 708 065 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 80 Prozent.

Die Mandatsverteilung im alten Landtag war folgende: Sozialdemokraten 18, Landvolkpartei 9, Kommunisten 8, Wirtschaftspartei 6, Deutsche Volkspartei 6, Deutschnationale 4, Demokraten 2, Nat.-Soz. 2, Volkrechtspartei 1.

Weimar. (Funkdruck.) Die Wahl zum 5. Thüringer Landtag hat große Überraschungen nicht gebracht. Nach dem Ausfall der Kommunalwahlen war ein Anwachsen der rechtsradikalen Stimmung zu erwarten. Die sich die Mehrheitsverhältnisse im Landtag gestalten werden, läßt sich nach diesem Wahlausgang noch nicht voraussagen. Die Nationalsozialisten werden jedenfalls einen entscheidenden Einfluß ausüben. Die Wahlbeteiligung war, wie bereits bei der vorigen Wahl, am stärksten in Ostthüringen und zwar schloß Altenburg, das kürzlich der Schaulplatz verschiedener Unruhen war, ungeachtet der Rekord mit 87 Prozent; dagegen wies die Hauptstadt Weimar nur eine Wahlbeteiligung von 66,4 Prozent, Gotha nur 64 Prozent auf.

Die bayerischen Gemeindevahlen.

München. Die Wahlbeteiligung bei den Gemeindevahlen in Bayern ist mit 79 bis 80 Prozent anzunehmen, dürfte also den Durchschnitt der Wahlen von 1924 erreichen, wenn nicht übersteigen. Aus den bisher gemeldeten Ergebnissen läßt sich ein ziemlich sicherer Schluß auf den Wahlausfall ziehen. Der hervorsteckende Zug ist das Anherkommen der Nationalsozialisten. In den von dem Landesdienst des Sächsischen Korrespondenzbüros erfaßten Städten und Gemeinden haben die Nationalsozialisten zusammen 62 Mandate neu gewonnen und ihren Bestand teils verdoppelt, teils verdreifacht. Als zweites Charakteristikum zeigt die Wahl eine stellenweise sehr beträchtliche Dezimierung der bürgerlichen Mittelgruppen, die in den verschiedensten Kombinationen in den Wahlkampf gingen. Im ganzen ist der Mandatsverlust in den diesen

Wahlen zugrunde liegenden Kommunen mit rund 50 Mandaten anzunehmen. Vielfach sind an den Einheitslisten auch die Deutschnationalen beteiligt gewesen. Wo die Deutschnationale Volkspartei allein in den Wahlkampf gegangen ist, läßt sich ebenfalls ein starker Rückgang der Mandatszahlen feststellen. Ebenso haben die Demokraten und die Deutsche Volkspartei, die nirgends eigene Listen aufgestellt hatten, teil an dem Rückgang der Einheitslisten. Im Gegensatz hierzu steht ein beträchtliches Anwachsen der Reichspartei des deutschen Mittelstands. Die Bayerische Volkspartei und der Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund haben ihren Bestand im wesentlichen gewahrt. Die sozialdemokratische Partei hat mehrfach nicht unerhebliche Mandatsgewinne, aber an andern Punkten auch Verluste zu verzeichnen, die sich ziemlich die Waage halten. Das gleiche gilt von den Kommunisten. Die Stadträte in München, Augsburg und Regensburg verfügen über eine zweifelhafte bürgerliche Mehrheit. In den genannten drei Städten dürfte die Bayerische Volkspartei wieder die Ersten Bürgermeister stellen. In Nürnberg stehen 19 bürgerlichen Listen 21 sozialdemokratische und zwei kommunistische gegenüber. Hier bilden die acht Mandate der Nationalsozialisten das Übergewicht an der Waage.

Vorläufiges amtliches Wahlergebnis aus München.

München. Bei den gezeigten Gemeindevahlen wurden in 367 Bezirken 332 570 Stimmen abgegeben, die sich wie folgt verteilten: SPD, 109 341, D.D.P., 21 776, R.P.D., 21 474, Bayer. V.P., 80 778, NSDAP, 51 221, Bürgerl. Einheitsl., (sieht sich zusammen aus D.D.P., D.V.P. und D.V.P.) 19 121, Grund- und Hausbesitzer 13 351, andere Gruppen zusammen 10 587. Wahlbeteiligung 73,18 Prozent. Die genaue Mandatsverteilung steht noch nicht fest.

München. Bei den Gemeindevahlen im Jahre 1924 erhielten die SPD, 70 728, die R.P.D., 31 683, die D.D.P., 22 413, die NSDAP, 18 602, die anderen Gruppen zusammen 20 060 Stimmen. Bei den letzten Stimmen sind eingeschlossen die nationalsozialistische Freiheitsbewegung, Kriegskopfer, Bayerische Mittelstandspartei und Arbeiterliste. 1924 waren in einer Nationalen Wahlgemeinschaft die D.D.P., die D.V.P. und die Bayer. V.P. zusammengeschlossen. Bei den demokratischen Stimmen ist die Stimmenzahl einer demokratischen Arbeitnehmerliste mitgerechnet. Vergleiche lassen sich bei den bürgerlichen Parteien sehr schwer ziehen, da die Blockwahlen 1924 und 1929 aneinandergerät.

Der neue Münchener Stadtrat

wird sich wie folgt zusammensetzen: SPD, 17 Sitze (16), D.D.P., 3 (6), R.P.D., 3 (2), Bayer. V.P., 13 (14), NSDAP, 8 (4), Grund- und Hausbesitzer 2 (1), Freie bürgerliche Mitte 3 (4). — Die aus Demokraten, Deutsche Volkspartei und Reichspartei des deutschen Mittelstandes gebildete Freie bürgerliche Mitte, die bei den Wahlen 1924 getrennt vorgegangen waren, hat demnach trotz des Zusammenschlusses einen Sitz verloren. — Außerdem sind im Münchener Stadtrat neu der Gewerkschaftsring mit einem Sitz und eine Bayerische Mittelstandspartei ebenfalls mit einem Sitz.

Der sächsische Großhandel zur Finanz- und Sozialreform.

Der Gesamtverband der Landesgruppe Sachsen im Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels hat am 5. Dezember gelangt und zur Finanz- und Sozialreform folgende

Gutachten

erlassen: Die katastrophale Lage der gesamten deutschen Wirtschaft hat dazu geführt, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie die Forderung durch die Presse gegangenen Vorschläge und Forderungen zur Finanzreform aufgestellt hat, und der Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels hat dem Reichswirtschaftsminister die erste Lage des Groß- und Ueberseehandels in mündlicher Ansprache dargestellt. Der sächsische Großhandel hat diesen Kundgebungen und Vorschlägen nur wenig hinzuzufügen.

Es kann keine Rede davon sein, daß die augenblickliche Krise etwa nur "gesprochen" sei: Die wirtschaftliche Krise ist jedoch von einer Vertrauenskrise begleitet, die gerade im Großhandel eine tiefe Nullität und Verzweiflungssimmung ausgelöst hat.

Bei allen Zusammenbrüchen der letzten Zeit ist der Großhandel ganz besonders der Leidtragende, weil durch die Zusammenbrüche fortgesetzt an sich gesunde, lebensfähige Betriebe in Mitleidenhaft gezogen und immer weitere Kreise mit auf die abschüssige Bahn gerissen werden, so daß eine Beurteilung der Kreditwürdigkeit des Rundverkehrs immer schwieriger wird. Dennoch ist der überwiegende Teil des Wünnergroßhandels noch gesund und erfüllt trotz aller Schwierigkeiten seine volkswirtschaftlichen Aufgaben.

Wenn nun die Grundzüge der nicht mehr aufschubbaren großen Finanzreform sich wenigstens insofern abzeichnen,

als die Forderungen der Wirtschaft sich abzurufen beginnen, so glaubt der sächsische Großhandel mit Ernst und Nachdruck doch ganz besonders darauf hinweisen zu sollen, daß die Finanzreform keinesfalls anders als in einem unwürdigen Handel um diese oder jene Steuerarten, vielmehr muß der Blick ungehindert auf die großen Gesichtspunkte und Ziele gerichtet sein, nämlich auf eine Förderung der inländischen Kapitalneubildung und die nur dadurch mögliche Senkung der Zinssätze. Dies kann nur erreicht werden durch eine kräftige Droffnung der Ausgabenwirtschaft bei Reich, Ländern und Gemeinden und durch eine, dadurch mögliche fühlbare Senkung der steuerlichen und sozialen Belastung der Wirtschaft. Die Ausgabenentlastung der öffentlichen Hand muß dabei nach wirtschaftlichen und kaufmännischen Grundsätzen erfolgen.

Wenn eine Senkung der sozialen Lasten ins Auge gefaßt wird, so sollte man auch hier die großen Gesichtspunkte nicht aus dem Auge verlieren, sondern den Uebelständen an die Wurzel gehen. Die Vielseitigkeit und Versplitterung auf dem Gebiete der Sozialversicherung ist weder berechtigt, noch für die Wirtschaft tragbar. Sie ist lediglich aus der historischen Entwicklung heraus überhaupt verständlich. Eine wirkliche Reform der Sozialversicherung muß auf eine Zusammenfassung aller Träger der Sozialversicherung und der öffentlichen Wohlfahrtspflege abgerichtet sein.

Es liegt kein Grund vor, daß die Sozialbezüge nach verschiedenen Voraussetzungen u. Gesichtspunkten ganz verschieden hoch bemessen sind. Der Fürsorgezweck sollte einheitlich und gleichmäßig zur Anwendung kommen, ganz gleich, aus welchen Gründen eine öffentliche Fürsorge eintritt, ob also Unfall, Invalidität, Krankheit oder Arbeitslosigkeit den Fürsorgeanspruch begründen. Nur dann läßt sich der ungewohnte Verwaltungsapparat auf diesem Gebiete rationell gestalten und die Gesamthöhe der Sozialentlastung der Wirtschaft einwandfrei feststellen. Nur dann wird es sich zeigen, ob unser verarmtes, tributpflichtiges Volk sich auf die Dauer die beste aller Sozialversicherungen der Welt leisten können.

machte er um ihre Stelle. Es hatte Herr Stadtmann nie...
sein zu haben. Nicht erst auf der Zeit. Nicht es auch, Herr...
sein Blut begann zu kochen bei ihrem Sport...
dort. Und alles, was aus Pöhl war, orientierte zu lassen...